

WIR STEHEN AN DER SEITE DER UKRAINE

„Der russische Angriff auf die gesamte Ukraine hat uns alle sehr erschüttert. Wir sind fassungslos und tief besorgt. Mit dieser katastrophalen Völkerrechtsverletzung ist der Krieg in die Mitte Europas zurück-

gekehrt. Die SPD Hamburg verurteilt diesen völlig ungerechtfertigten Überfall auf das Schärfste. Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine und wir schließen uns der Aufforderung

unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz an Wladimir Putin und die russische Führung an, diesen Krieg sofort zu stoppen.“ Melanie Leonhard und Nils Weiland





Liebe Genossinnen und Genossen,

die Europawahl und die Hamburger Bezirkswahlen finden voraussichtlich im Frühjahr 2024 statt. Somit steht uns aus Hamburger Sicht nun ein längerer Zeitraum ohne Wahlen und zu organisierenden Wahlkämpfen bevor.

Diese Zeit sollten wir nutzen, um als Parteiorganisation in die zukünftige Kampagnenfähigkeit auf Landes-, Kreis- und Distriktsebene zu investieren. Nach der langen „Durststrecke“ der Corona-Einschränkungen gilt es, das soziale Parteileben in den Distrikten wieder zu aktivieren, Nachwuchsarbeit zu leisten und das programmatische Profil in den Bezirken zu schärfen.

Es gilt, einen angemessenen Mix aus Präsenz- und Online-Angeboten, aus traditionellen und modernen Formaten zu entwickeln, der auf eine diversifizierte Mitgliederstruktur abzielt und die Parteiarbeit für alle attraktiv macht: Alt oder Jung; freizeit- oder karriereorientiert, berufstätig, im Ruhestand oder in Elternzeit usw.

Auch sollten wir mit Blick auf die noch ferneren Bezirkswahlen schon jetzt damit beginnen, das politische Profil der SPD in den Hamburger Bezirken zu schärfen. Dafür sollten in allen Kreisen zusammen mit den dortigen Mandatsträger:innen konkrete und attraktive politische Angebote entwickelt werden, mit denen wir uns klar von anderen Parteien unterscheiden.

Modernisierung, Nachwuchsarbeit und Programmentwicklung brauchen ihre Zeit – aber diese Zeit haben wir nun auch. Lasst sie uns zusammen nutzen!

Herzliche Grüße

Melanie Leonhard und Nils Weiland
SPD-Landesvorsitzende

Melanie Leonhard
Nils Weiland

HAMBURG ALS ZENTRUM EINER EUROPÄISCHEN WASSERSTOFFWIRTSCHAFT

Von Michael Westhagemann, Senator für Wirtschaft und Innovation

Im Hamburger Klimaplan hat sich der SPD geführte Senat hohe Ziele gesetzt: bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen um 55 % reduziert werden und bis 2050 soll Hamburg klimaneutral sein. Außerdem haben wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen, noch dieses Jahr ambitioniertere Ziele festzulegen. Auch wenn diese Jahreszahlen noch weit entfernt klingen, müssen wir heute die Weichen stellen, dieses Ziel auch zu erreichen. Rund die Hälfte der Emissionen und damit auch der Einsparziele fallen dabei auf den sogenannten Transformationspfad Wirtschaft an.

Der Hamburger Hafen ist ein in Europa einzigartiger Industriestandort: Die Produktion von Stahl, Aluminium und Kupfer auf einem Gebiet konzentriert sorgt für hohe Wertschöpfung und gut bezahlte Arbeit – meist in Tarifverträgen. Schon heute gehören die Anlagen in Hamburg zu den modernsten und emissionsärmsten in Europa. Das Ziel ist also klar: wir wollen diese Industrie am Standort halten und sie gleichzeitig dabei unterstützen klimaneutral zu produzieren. Ein wichtiger Baustein dabei ist die Etablierung einer grünen Wasserstoffwirtschaft.

„Grüner“ Wasserstoff wird durch Strom erzeugt, der ausschließlich aus erneuerbarer Energie stammt und soll dort eingesetzt werden, wo der grüne Strom nicht direkt verwendet werden kann. Dies ist heute zum Beispiel in der chemischen Industrie und der Metallurgie der Fall. Hier braucht es andere Energieträger als Kohle und Erdgas, damit wir unsere Klimaziele erreichen können. Neben der Vermeidung von CO₂-Emissionen kann der Einsatz von grünem Wasserstoff zur Sicherung von Arbeitsplätzen in den betreffenden Industrien beitragen und neues Wertschöpfungspotential am Standort generieren. Noch allerdings ist die Produktion mit klimaneutralem Wasserstoff zu teuer oder gar nicht erst

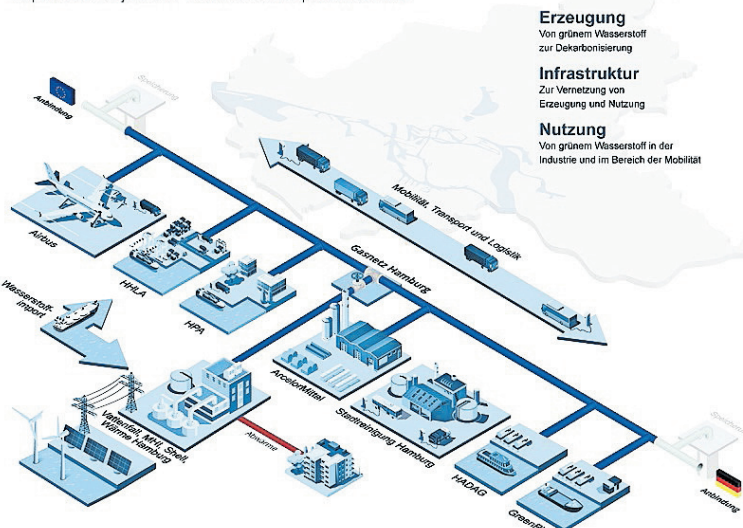
möglich, weil es noch viel zu wenig davon gibt. Deshalb unterstützt Hamburg gemeinsam mit dem Bund den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft mit dem Setzen der richtigen Rahmenbedingungen und Fördermitteln. Hamburg wird sowohl die Produktion von grünem Wasserstoff, den Aufbau eines regionalen und überregionalen Pipelinesnetzes als auch die Verwendung von Wasserstoff zum Beispiel in der Metallurgie oder auch in der Luftfahrt abbilden. Damit kann Hamburg die gesamte Wertschöpfungskette darstellen. Dies zeigt sich an den erfolgreichen Förderanträgen des Hamburger Verbundanspruchs. Hier sind neben privaten Unternehmen wie Airbus, ArcelorMittel und Shell auch öffentliche Unternehmen wie die Hamburger Energiewerke, die HADAG und die Hamburg Port Authority beteiligt (siehe Abbildung).

Allerdings wird Hamburg seinen Bedarf für grünen Wasserstoff trotz der neuen Ausbauziele der Bundesregierung im Offshore-Wind nicht selber decken können. Wir werden auch weiterhin Energieträger importieren müssen. Statt wie heute Öl und Erdgas, soll dies aber zukünftig klimaneutraler Wasserstoff zum Beispiel aus Schottland und Dänemark sein. Der Hamburger Hafen soll dabei zum Drehkreuz für grünen Wasserstoff werden. Deshalb hat die Wirtschaftsbehörde eine Importstrategie für grünen Wasserstoff erarbeitet. So kann Hamburg nicht nur seine eigene Wirtschaft dekarbonisieren, sondern auch dazu beitragen, dass sich die Industrie in ganz Deutschland klimaneutral aufstellen kann.

So können wir Hamburg zum Zentrum einer nordeuropäischen Wasserstoffwirtschaft und zum Vorbild dafür machen, dass Wirtschaft und Klimaschutz nicht in Konkurrenz stehen, sondern sich gegenseitig beflügeln können.

WASSERSTOFF-VERBUND HAMBURG

Important Projects of Common European Interest



Berlin direkt

EINE OFFENE UND FAIRE IMPFPFLICHT-DEBATTE

Von Aydan Özoğuz, MdB

Seit zwei Jahren beschäftigt uns nun die Corona-Pandemie und schränkt unseren Alltag nach wie vor ein. Seit zwei Jahren jonglieren wir zwischen 3G, 2G oder 2G-Plus und stellen uns auf neue Virusvarianten ein – zuletzt die hochansteckende Omikron-Variante, die glücklicherweise weniger schwere Krankheitsverläufe verursacht hat als zunächst befürchtet.

Die Freiwilligkeit bei der Corona-Impfung hat leider zu keiner ausreichend hohen Impfquote geführt. Seit Beginn der Pandemie ist sie in Deutschland mit etwa 72 Prozent im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eher niedrig. Deshalb haben wir im Bundestag zum Schutz der besonders vulnerablen Gruppen, also den Menschen, die aufgrund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes ein besonders hohes Infektionsrisiko und ein besonders hohes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf haben, mehrheitlich eine Impfpflicht für Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen beschlossen. Auch der Bundesrat hat dem zugestimmt.

Um aus dieser „Corona-Dauerwelle“ herauszukommen hatte Bundeskanzler Olaf Scholz schon vor der

berufsbezogenen Impfpflicht eine allgemeine Impfpflicht in Aussicht gestellt, über die wir Bundestagsabgeordneten in den nächsten Wochen eine Entscheidung treffen müssen. Doch sowohl die berufsbezogene als auch die allgemeine Impfpflicht werden so kontrovers diskutiert wie kaum ein anderes Thema. Die Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, die sogenannte Pflege-Impfpflicht auszusetzen, hat in dieser Debatte den bisherigen Tiefpunkt gesetzt. Sie nicht umzusetzen, wäre ein glatter Rechtsbruch.

Klar ist: Die Impfung ist das vielleicht wichtigste und wirksamste Instrument, damit unsere Gesellschaft und jede und jeder Einzelne von uns zurück in ein normaleres Leben finden kann. Gerade wegen der hohen Lasten, die fast alle von uns, nicht zuletzt aber unsere Kinder, aufgrund der zum Teil erheblichen Freiheitsbeschränkungen zu tragen haben, ist es für mich unverständlich, wenn sich immer noch so viele Menschen nicht impfen lassen wollen. Natürlich gibt es auch diejenigen, für die eine Impfung aus gesundheitlichen oder anderen wichtigen Gründen nicht in Frage kommt. Aber wir müssen eben auch zur Kennt-



Foto: DBT/Stella von Saldern

nis nehmen, dass bei vielen Bürger:innen nach wie vor erhebliche Vorbehalte bestehen und sie sich auch nicht überzeugen lassen.

Und wir können nicht ignorieren, dass zu Frust und Enttäuschung vieler Bürger:innen eine nicht immer geglückte, zum Teil sogar widersprüchliche und chaotische Kommunikation der Politik mit beigetragen hat. Wir schulden den Menschen in unserem Land eine offene und faire Debatte über diese wichtige Frage. Und wir müssen auch Sorge dafür tragen, dass vorher wirklich alle anderen Möglichkeiten zur Erhöhung der Impfquote ausgeschöpft sind.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für den möglicherweise wichtigsten Aspekt der laufenden Debatte, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in freier Entscheidung über die Impfpflicht abstimmen können. Wünschenswert wäre es, dass dies auf einer möglichst breiten Grundlage geschieht.

KLEIN, ABER FEIN: DAS NEUE STREAMING-STUDIO IM KUSCHU

Von Sebastian Jahnz

Während des Bundestagswahlkampfes war einer der beiden Sitzungsräume in der ersten Etage noch provisorisch zu einer Art TV-Studio umgebaut worden, um aus diesem live in das Internet und in die sozialen Medien zu senden.

Nach dem Wahlkampf musste der Sitzungsraum dann für seine eigentliche Bestimmung wieder freigemacht und das Studio wieder abgebaut werden. Nun wurde die Technik – also Kameras, Licht, Ton und Regie – und die Kulisse – also Sessel, Teppich, Bilder und Pflanzen – dauerhaft in einem Raum in der zwei-

ten Etage wieder aufgebaut und steht dort zur permanenten Nutzung zur Verfügung.

Nicht erst seit Corona haben sich Video-Formate, die live via Internet gesendet werden, zu einem wichtigen und effizienten Werkzeug politischer Kommunikation entwickelt. Diese werden in der Regel ohne professionelle Dienstleister produziert und ausgestrahlt. Das nötige Know-how und die nötige Technik haben wir uns in der Landesorganisation in der Pandemie- und Wahlkampfzeit Stück für Stück angeeignet.



HAMBURGER ARBEITSGEMEINSCHAFT SPD 60PLUS NEU AUFGESTELLT

Von Britta Schlage und Markus Schreiber

Die Arbeitsgemeinschaft der Seniorinnen und Senioren in der Hamburger SPD (AG SPD 60plus) hat einen neuen Landesvorstand. Auf einer digitalen Landesdelegiertenkonferenz am 20. Januar hat eine Vorstellung aller Kandidierenden stattgefunden, die dann in einer Briefwahl bis zum 8. Februar gewählt wurden. Die neue Doppelspitze besteht aus Britta Schlage (65), Bürgerschaftsabgeordnete aus Bergedorf, und Markus Schreiber (61), Bürgerschaftsabgeordneter aus Hamburg-Mitte, die beide mit großen Mehrheiten

gewählt wurden. Sie folgen damit Rudolf Herbers aus Eimsbüttel, der 18 (!) Jahre lang Vorsitzender der AG 60plus der Hamburger SPD war.

Rudolf gebührt großer Dank für seinen unermüdlischen Einsatz. Er hat u.a. den Erhalt eines stimmberechtigten Sitzes im SPD-Landesvorstand erstritten und sowohl einen kostenfreien Museumstag als auch die Abschaffung der Zeitbeschränkung der Seniorenfahrkarte durchgesetzt.

Bei Wind und Wetter hat er auf der Mönckebergstraße Wahlkampf gemacht und wird hoffentlich der AG 60plus ein wertvoller Ratgeber bleiben. Zu Recht hat er darauf hingewiesen, dass über die Hälfte unserer Wählerinnen und Wähler bei der letzten Bundestagswahl über 60 Jahre alt waren.

Die Altersgruppe 60plus ist in Partei und Bevölkerung groß und muss in besonderer Weise und mit großem Engagement vertreten werden. Das haben sich die pensionierte Richterin Britta Schlage und der ehemalige Bezirksamtsleiter Markus Schreiber fest vorgenommen. Gemeinsam mit ihren Stellvertretern Willy Buss und Rolf-Dieter Scheel, den sieben Kreisvertretungen und den 13 Beisitzerinnen und Beisitzern aus allen Kreisen sollen wichtige seniorenpolitische Themen bearbeitet werden. Dazu gehört eine angemessene Teilhabe an der Digitalisierung, denn während der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, dass auch ältere Menschen damit fit gemacht werden. Britta Schlage hat als seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion in diesem Bereich schon wichtige Impulse gesetzt. Aber auch der Gesundheitspolitik und der Pflege wird sich die AG 60plus widmen, genauso wie der Professionalisierung der Seniorentreffs in Hamburg. Natürlich werden die Themen Rente und Altersarmut ein Schwerpunkt der Arbeit werden. Dazu liegt schon ein Antrag aus Eimsbüttel vor, der Grundlage einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema sein kann. Zum Thema Erinnerungskultur ist in Wandsbek ein Antrag ausgearbeitet worden, der diskutiert und auf dem SPD-Landesparteitag eingebracht werden soll. Es gibt also genug zu tun. Und schließlich gilt: 60 Jahre wird jede und jeder, insofern werden wir alle irgendwann zur AG 60plus gehören – hoffentlich!



Britta Schlage (Bergedorf) und Markus Schreiber (Mitte) bilden zusammen die Doppelspitze der AG 60plus

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Hamburg

V.i.S.d.P.
Lars Balcke

Redaktion:
Lars Balcke,
Sebastian Jahnz

Satz und Gestaltung:
Janina Demiana Roll
hamburg-designsache.de

Redaktionsschluss für
die kommende Ausgabe
10. April 2022

Anschrift:
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg

E-Mail:
sebastian.jahnz@spd.de